

Nr. **XIX. GP.-NR**
2042 /J
1995 -10- 1 3

Anfrage

des Abgeordneten Mentil, Dr. Pumberger
und Kollegen

an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz

betreffend Mißwirtschaft im Krankenhaus Lilienfeld, NÖ zu Lasten des KRAZAF

Das Krankenhaus Lilienfeld (NÖ) ist in einem sogenannten Gemeindeverband organisiert. 13 Gemeinden sind in diesem Organisationsverband eingebunden. Bürgermeister Auer, von Türnitz (NÖ), ist derzeit der Obmann dieses Verbandes. In dieser organisatorischen "Sonderform" werden Mitsprache und Abdeckung des Betriebsabganges höchst eigenwillig geregelt. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: 5 Bürgermeister der Gemeinden, 1 Vertreter des Landes Niederösterreich, 0 Vertreter von GKK, 0 Vertreter von NÖKAS. Die Abdeckung des jährlichen Betriebsabganges erfolgt zu: 35% KRAZAF, 26% Land Niederösterreich, 35% NÖKAS und 4% 13 Gemeinden. Die Personalbesetzung, das Beschaffungswesen etc. liegt de facto zu 100% bei den Gemeinden, vornehmlich beim Verbandsobmann, Bgmst. Auer; die Abdeckungsverpflichtung liegt zu 96% bei KRAZAF, Land Niederösterreich und NÖKAS. Dieses bemerkenswerte Mißverhältnis zwischen Mitbestimmung und Abdeckungsverpflichtung des Betriebsabganges führte im Krankenhaus Lilienfeld, nicht zuletzt, zu äußerst unliebsamen Erscheinungen. Insbesondere die Personalbesetzungen, die eher nach kommunal-parteilpolitischen Präferenzen zu erfolgen scheinen denn nach Qualifikation, werden vom diensttuenden Personal, auch öffentlich, scharf kritisiert. Im Mittelpunkt der Kritik stehen Bürgermeister Auer und der wirtschaftliche Leiter des Krankenhauses Lilienfeld, Direktor Schleizer. Die verschiedensten Vorgangsweisen beider maßgeblichen Krankenhausleiter führten beim gesamten Personal zu eklatanter Demotivation und Frustration. Das Arbeitsklima, insbesondere beim Pflegepersonal, kann derzeit nur noch als katastrophal eingeschätzt werden. Neben diesen negativen "Synergieeffekten" - hervorgerufen offensichtlich von parteipolitischen Interessenslagen - kommen auch noch andere schwerwiegende Momente zum Tragen. Die Staatsanwaltschaft beschäftigte sich bereits mit Unregelmäßigkeiten, verursacht von Direktor Schleizer. Der Umstand, daß Zulieferfirmen seit Jahren ohne Ausschreibung das Krankenhaus Lilienfeld beschicken, ist in höchstem Maße als seltsam zu bewerten. Zumal das Land Niederösterreich das Krankenhaus Lilienfeld aufgefordert haben soll Ausschreibungen zu erstellen, um Bestbieter zum Wohle der Steuerzahler zum Zuge kommen zu lassen. Ca. 60 Millionen Schilling jährlich an Firmenaufträgen werden aber seit 5 Jahren "freihändig" vergeben. Ebenso werden leitende Positionen im medizinischen und wirtschaftlichen Bereich großzügigst pragmatisiert. Oft sogar nach erstaunlich kurzer Zeit.

Um die geschilderten Vorgänge im Krankenhaus Lilienfeld einer Aufklärung zuzuführen richten daher die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Können Sie ausschließen, daß Bürgermeister Auer bzw. Krankenhausdirektor Schleizer "Provisionen" aus "Freihandvergaben", von Zulieferfirmen, lukrieren?

Seite 2

2. Wie bewerten Sie den Umstand, daß im Krankenhaus Lilienfeld, trotz Aufforderung der Landesregierung Niederösterreich, keine Lieferantenausschreibungen stattfinden?
3. Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß Bürgermeister Auer als Obmann des Krankenhausverbandes Lilienfeld Personalentscheidungen über medizinisches Personal, trotz schwerer Bedenken der Pflegeleitung, trifft und durchsetzt?
4. Wie erklären Sie sich "schriftlich" durchgesetzte Personalwünsche über medizinisches Personal, von seiten Bürgermeister Auer, dessen Qualifikation im Schulbereich (Hr. Auer ist Schuldirektor) liegt?
5. Wie werten Sie die Antwort des Landes Niederösterreich, auf geäußerte fachliche Bedenken des Pflegepersonals zu Bürgermeister Auers Personalentscheidungen, in der der Pflegeleitung angeraten wird den "schriftlichen Personalentscheidungsbefehl gut aufzubewahren"?
6. Ist Ihnen bekannt, daß das Land Niederösterreich das Krankenhaus Lilienfeld aufgefordert hat Ausschreibungen zur Feststellung von bestbietenden Lieferfirmen durchzuführen?
7. Warum sichert sich der KRAZAF kein Mitspracherecht im Krankenhausverband Lilienfeld, obwohl er immerhin zu 35% den jährlichen Betriebsabgang decken muß?
8. Warum werden von seiten des KRAZAF und der GKK dem Krankenhaus Lilienfeld Lieferantenausschreibungen nicht verpflichtend vorgeschrieben?
9. Sind die in erstaunlich kurzen Zeiträumen erfolgenden Pragmatisierungen der leitenden Positionen (speziell von Direktor Schleinzer) im Krankenhaus Lilienfeld, im Gesundheitswesen üblich und gesetzeskonform?
10. Entspricht das monatliche Gehalt von Direktor Schleinzer dem Beamtenlohnschema bzw. dem Beamtendienstrecht?
11. Werden Sie, wenn Sie Gesetzesübertretungen feststellen personelle bzw. gerichtliche Schritte einleiten?
12. Recherchen ergaben, daß qualifizierte Mitarbeiter, welche zum Vorteil der Steuerzahler aktiv wurden, indem sie kostensparend wirken wollten, einfach gekündigt und mit diesen ehemaligen Dienstnehmern kostenintensive, aussichtslose Arbeitsgerichtsprozesse geführt werden. Werden Sie weiterhin Direktor Schleinzer und den Obmann des Krankenhausverbandes, Bmgst. Auer, so zum Schaden des Krankenhauses Lilienfeld vorgehen lassen, oder eine Regelung herbeiführen?